

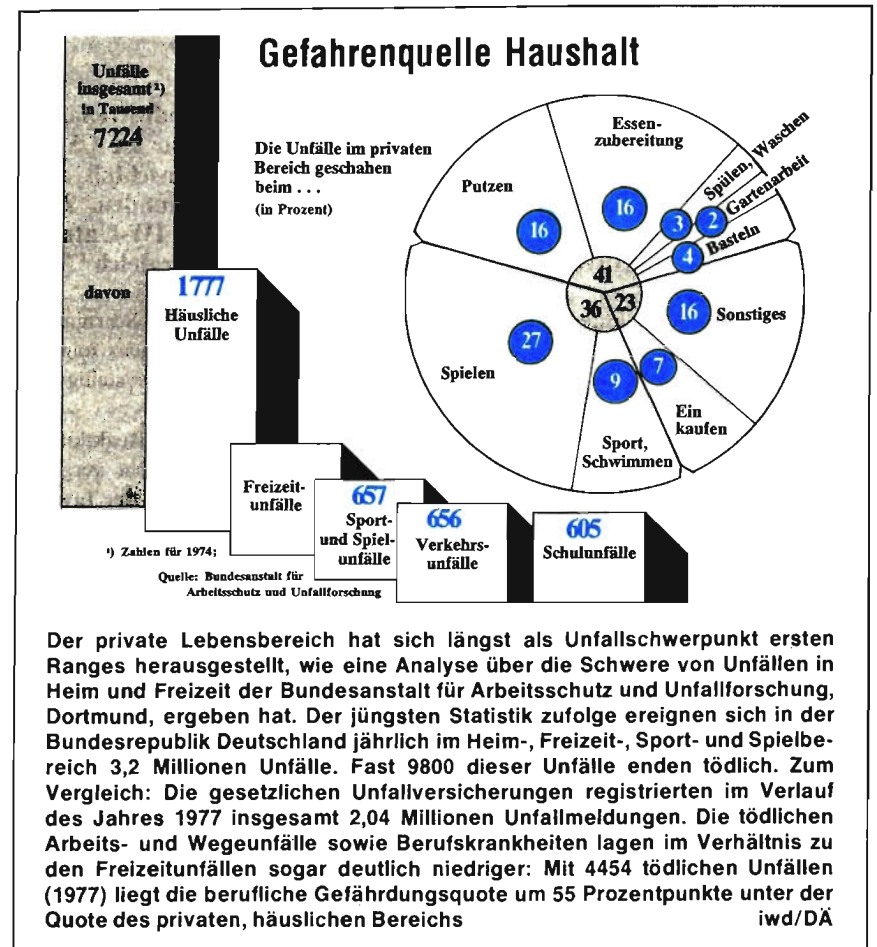
## Kassen fordern Steuerbefreiung für Gemeinschaftseinrichtungen

Für die Umsatzsteuerfreiheit von Gemeinschaftseinrichtungen der Krankenhäuser haben sich die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen in einem Schreiben an die Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages, Frau Liselotte Funcke (FDP), eingesetzt. Darunter fallen beispielsweise gemeinsame Wäschereien, Bäckereien, Großküchen, Apotheken, Laboratorien oder Datenverarbeitungsanlagen. Steuerfrei sollen auch Leistungen einzelner Krankenhäuser für andere Krankenhäuser bleiben.

Die Krankenkassenverbände halten es für weder sachgerecht noch verständlich, wenn einerseits solche Gemeinschaftseinrichtungen wegen ihrer kostendämpfenden Wirkung aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, andererseits aber deren Umsätze besteuert werden. Sie weisen darauf hin, daß die gleichen Leistungen dann umsatzsteuerfrei sind, wenn sie in hauseigenen Einrichtungen des einzelnen Krankenhauses erbracht werden. EB

## Übersicht über das Zulassungsverfahren für Studienbewerber

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS, Dortmund) hat ihren dritten Rechenschaftsbericht vorgelegt. Er setzt die Reihe der 1975 und 1977 herausgegebenen Berichte fort, beschreibt die fünfjährigen Erfahrungen mit der zentralen Studienplatzvergabe durch die ZVS und dokumentiert mit umfangreichen Materialien die wichtigsten Ergebnisse der Vergabeverfahren zum Sommersemester 1977 und zum Wintersemester 1977/78. Erwähnenswert sind vor allem die in der Broschüre dokumentierten neuen



Der private Lebensbereich hat sich längst als Unfallschwerpunkt ersten Ranges herausgestellt, wie eine Analyse über die Schwere von Unfällen in Heim und Freizeit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, Dortmund, ergeben hat. Der jüngsten Statistik zufolge ereignen sich in der Bundesrepublik Deutschland jährlich im Heim-, Freizeit-, Sport- und Spielbereich 3,2 Millionen Unfälle. Fast 9800 dieser Unfälle enden tödlich. Zum Vergleich: Die gesetzlichen Unfallversicherungen registrierten im Verlauf des Jahres 1977 insgesamt 2,04 Millionen Unfallmeldungen. Die tödlichen Arbeits- und Wegeunfälle sowie Berufskrankheiten lagen im Verhältnis zu den Freizeitunfällen sogar deutlich niedriger: Mit 4454 tödlichen Unfällen (1977) liegt die berufliche Gefährdungsquote um 55 Prozentpunkte unter der Quote des privaten, häuslichen Bereichs  
iwd/DÄ

Vorschriften des Hochschulrahmengesetzes für die Studienplatzvergabe. Eine Darstellung der geplanten Neuordnung des Hochschulzugangs aufgrund des neuen Staatsvertrages der Länder über die Vergabe von Studienplätzen gibt eine erste Orientierung über die zu erwartenden Änderungen des Zulassungsrechts, wenn der Staatsvertrag von den Ländern ratifiziert ist. EB

## 3,2 Millionen Freizeitunfälle im Jahr

Jährlich ereignen sich in der Bundesrepublik Deutschland schätzungsweise 3,2 Millionen Unfälle im häuslichen Bereich. Darin eingeschlossen sind Freizeit-, Sport- und Spielunfälle sowie Unfälle beim Schwimmen, Tauchen, Berg-

steigen und Heimwerken. 1977 waren der jüngsten Statistik zufolge allein 9224 tödliche Unfälle im häuslichen und im Freizeitbereich zu beklagen. Die Statistik weist darunter Tod durch Sturz (82,7 Prozent), durch Ersticken (7,0 Prozent), durch Verbrennen, Verbrühen und Verätzen (4,5 Prozent), durch Vergiftung (1,4 Prozent), durch Ertrinken (0,8 Prozent) sowie durch Strom und andere Ursachen (3,6 Prozent) auf. Darüber hinaus waren 2,9 Millionen der 3,2 Millionen Freizeitunfälle so schwer, daß mindestens ein Arztbesuch erforderlich wurde. Dies geht aus einer statistischen Analyse über „Schwere Unfälle in Heim und Freizeit“ hervor, die kürzlich die staatlich finanzierte Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung (BAU), Dortmund, vorlegte. EB